

# Ortega schickt den Mob auf die Strasse

Angeheuerte Bandenmitglieder stiften im Interesse des Präsidenten Unruhe in Nicaragua

Präsident Ortega von den Sandinisten strebt in Nicaragua eine zweite Amtszeit an, obwohl die Verfassung dies verbietet. Zum Machterhalt sind ihm alle Mittel recht, auch organisierte Krawalle gegen die Opposition.

Franziska Engelhardt, Managua

Vor dem Parlament in Managua schiessen mehrere Dutzend Vermummte Knallkörper in die Luft. Ein Jugendlicher hält das Abschussgerät hoch, eine junge Frau entzündet den heraushängenden Docht mit einem Stück brennendem Holz und rennt weg. Der Böller jagt zischend in die Luft und explodiert mit einem lauten Knall. Abstand halten ist wichtig, denn die eisernen Geräte, die einer überdimensionierten Pistole gleichen, haben ihre beste Zeit hinter sich, nicht selten nehmen die Petarden eine andere Richtung, als der Schütze vielleicht gewollt hat.

## Die Opposition einschüchtern

In der letzten Aprilwoche haben in Managua erstmals seit vergangenen November grössere Ausschreitungen stattgefunden. Die wichtigsten Zufahrtsstrassen zum Parlament waren mit Bussen und brennenden Autoreifen versperrt. Die Demonstranten wollten verhindern, dass die Opposition im Parlament gegen ein umstrittenes Dekret des Präsidenten Daniel Ortega debattieren konnte.

1979 träumte Nicaragua von einer Gegenwart und Zukunft als freies Land. Die Sandinisten hatten den Diktator Anastasio Somoza besiegt und damit der über 40-jährigen Diktatur des Somoza-Clans ein Ende gesetzt. Der erste Präsident nach der Revolution war der junge Sandinist Daniel Ortega, derselbe Mann, der auch heute wieder an der Spitze der Republik steht.

Nach einem langen Unterbruch ist Ortega, Anführer der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN), 2007 für eine Amtszeit gewählt worden. Die eine Amtsperiode von fünf Jahren, wie es die Verfassung vorsieht, reicht ihm offenbar nicht. Die wichtigste Hürde nahm er bereits im Oktober 2009, als der Oberste Gerichtshof dem linksgerichteten Staatschef erlaubte, für eine zweite Amtszeit zu kandidieren.

Jetzt leitet er weiter alles in die Wege, um 2012 seinen Platz nicht räumen zu müssen. Es sei des «Volkes Wille», lau-



Ein Anhänger von Präsident Daniel Ortega schiesst Ende April Böller in Richtung Nationalversammlung.

MARIO LOPEZ / EPA

tet seine Begründung. Gleichlautend hat die Regierung von den jüngsten Ausschreitungen in Managua gesprochen. Das Volk gehe auf die Strasse, um für die FSLN zu demonstrieren. Viele Bewohner Nicaraguas sprechen eine andere Sprache: Fast jeder Taxifahrer oder Kellner beklagt sich über die jetzige Regierung, wenn er darauf angesprochen wird. Obwohl die «Nicas» im November 2011 direkt ihren Präsidenten wählen können, sehen sie keine Hoffnung auf einen Wandel, weil Ortega sämtliche Institutionen des Staates kontrolliert – und nur Demonstrationen seiner Partei zulässt.

Aber dieser Tag Ende April 2010 vor der Nationalversammlung macht den Eindruck, als ob Ortega viele Anhänger hat. Die Abschussgeräte für die Böller sind in grossen Lettern mit FSLN beschriftet, aus Lautsprechern dröhnen bekannte Lieder der sandinistischen Revolution, Eis- und Getränkeverkäufer machen ihr grosses Geschäft – es gleicht einem Volksfest.

Einen Tag zuvor, am ersten Tag der Ausschreitungen, waren die Attacken heftiger gewesen. Die Protestierenden

beschossen das Hotel Holiday Inn, wo die Oppositionsparteien über das umstrittene Dekret berieten, das die Amtszeit von 25 Vertretern der Wahl- und Justizbehörden verlängern soll, die Ortega nahestehen. Auch dieser Schritt, befürchtet die Opposition, könne Ortega dazu dienen, sich seine zweite Amtszeit zu sichern.

Drei Politiker sind bei den Ausschreitungen von den Demonstranten verletzt worden. Hotelpersonal und Gäste, unter ihnen hauptsächlich Amerikaner und Europäer, sind mit ihren Kindern auf den Armen aus dem Hotel geflüchtet. Die Polizei hat die Aggressionen nicht verhindert.

Vizepräsident Jaime Morales Carazo von der Liberalen Partei, der ebenfalls von den Vandalen angegriffen wurde, fürchtet um das gute Bild von Managua im Ausland. «Es sieht so aus, als ob in unserem Land Anarchie herrschen würde», sagt Carazo Tage nach der Attacke, immer noch ausser sich. «Dies ist nicht unser Volk, das protestiert. Die Nicaraguaner sind zivilisiert und friedlich.»

Nicaraguas Bevölkerung ist zwar sehr jung, aber dem Durchschnittsalter

entsprechen die Teilnehmer der gewalttätigen Demonstrationen nicht. Die meisten Böller-Schützen sind um die 16 Jahre alt. Bekleidet in Schwarz-Rot, den Farben der sandinistischen Partei, oder mit Tarnanzug. Auch vor dem Parteibüro des Präsidentschaftskandidaten Eduardo Montealegre, mitten in einem gehobenen Viertel, haben sie sich am Tag zwei der Krawalle aufgestellt. Die liberalen Abgeordneten debattieren hier weiter, weil sie sich nicht in die Nationalversammlung wagen.

## «Keine neue Diktatur»

Rund fünfzig Polizisten bilden zwei Mauern, über die die Demonstranten auf das Haus der Liberalen schiessen. Daneben demolieren sie einen Pick-up und stecken einen weiteren in Brand. Dies geschieht in unmittelbarer Nähe von Polizisten in Vollmontur. Diese sehen dem Treiben zu. Im Innern des Parteihauses hält Montealegre eine Pressekonferenz ab. Während es immer wieder knallt, fordert er von Präsident Ortega, dass dieser die Ordnung wiederherstellt und ihm und den weiteren

Abgeordneten Polizeischutz gewährt. «Nach der Diktatur Somozas hat Nicaragua eine Beschränkung der Amtsdauer festgelegt. Wir wollen keine zweite Ära Somoza», sagt er vor der Presse.

Neben dem ständigen Böllern hört man Sprechchöre gegen die liberalen Abgeordneten und für das Dekret Ortega. Worum es im Dekret des Präsidenten 03-2010 geht? Die meisten wissen es nicht und stören sich ob der Frage. Die Opposition macht direkt Ortega für die Ausschreitungen verantwortlich.

Auch für Cirilo Otero, Wirtschaftsprofessor und Soziologe, parteilos, ist es ein offenes Geheimnis, dass die Demonstranten organisiert und angeheuert werden. «Die Teilnehmer der gewalttätigen Demonstrationen sind angebliche Anhänger der Sandinisten. Oder besser gesagt, der Ortegaisten (Anhänger Ortegass). Sie werden von FSLN-Parteimitgliedern, Bürgermeistern, Richtern und Ex-Richtern mobilisiert.» Der Bürgermeister der Nachbarstadt Masaya, welcher der FSLN angehört, ist persönlich vor dem Parteibüro von Montealegre anzutreffen.

## Bis zum nächsten Tumult

Die Krawallmacher erhalten laut Otero Kleider, Knallkörper, Verpflegung, ein paar Dutzend Córdoba Taschengeld und werden mit Bussen herangefahren. «Die Jugendlichen werden in Armenvierteln eingesammelt. Unter den Vandalen sind diverse Bandenmitglieder.» Wer die Kosten der organisierten Proteste übernimmt, ist schleierhaft. «Es muss ein heimliches Unternehmen von Ortega sein. Im Staatsbudget findet sich kein Posten für gewalttätige Manifestationen», meint Otero.

Am dritten Tag nimmt die Gewalt weiter zu. Die Vandalen beschliessen die Nationalversammlung, in der die Opposition nun debattiert, mit Petarden; Scheiben gehen zu Bruch. Die Polizei vermag scheinbar das Staatsgebäude nicht zu schützen. Weder zur Passivität der Polizei, die hauptsächlich mit Sandinisten besetzt ist, noch zur Verantwortung der Krawalle nimmt die Regierung Ortega Stellung.

Ähnliche tumultartige Szenen haben sich auch am 12. Mai vor der Nationalen Universität in Managua abgespielt. Und die Unruhen werden wohl kaum nachlassen. Sie sind bei jedem nächsten Versuch, Ortega zu bremsen, vorprogrammiert oder wohl eher vorgeplant.

Die Schweizer Journalistin Franziska Engelhardt absolviert einen Stage beim «El Nuevo Diario» in Nicaragua.

## Unruhen in Kirgistan erstickt

Gestürmte Verwaltungsbauten wieder unter Regierungskontrolle

gho. Moskau · Die provisorische kirgisische Regierung hat am Freitag mitgeteilt, sie habe die Lage in den südlichen Regionen Osch, Dschalalabad und Batken wieder im Griff. Am Donnerstag hatten Anhänger des früheren Präsidenten Kurmanbek Bakijew, der nach einem Sturz seiner Regierung im vergangenen Monat das Land verlassen hatte, Regierungsgebäude gestürmt und in ihre Gewalt gebracht.

In Osch und in Batken soll die Rückeroberung der Gouverneursitze durch Sicherheitskräfte der Übergangsregierung weitgehend gewaltfrei vonstattengegangen sein; aus Dschalalabad wurden jedoch ein Todesopfer und zahlreiche Verletzte gemeldet. Mehrere Quellen berichteten, dass Anhänger Bakijews und der Regierung in Bischkek einander zunächst mit Steinen beworfen hätten, danach habe man zu Stöcken gegriffen, schliesslich sei geschossen worden. Ein Heckenschütze, der auf Unterstützer der Regierung geschossen haben soll, wurde in Dschalalabad verhaftet. Bei den jüngsten Unruhen sollen insgesamt mehr als 60 Personen verletzt worden sein.

Für Aufregung sorgte für kurze Zeit ein Radiointerview von Rosa Otunba-

jewa, der Chefin der provisorischen Regierung. Darin behauptete sie, die Revolte werde in Moskau koordiniert. Ein Regierungssprecher präzisierte, Otunbajewa habe nicht die russische Regierung gemeint, sondern kirgisische Staatsbürger, die sich in Moskau aufhielten. Regierungsmitglieder beschuldigten Bakijew, der sich bisher nicht geäussert hatte, hinter dem Aufruhr im Süden des Landes zu stecken. Zudem wurde der Verdacht geäussert, dass der älteste Sohn Bakijews und der frühere Bürgermeister von Bischkek den Aufstand mit einer Million Dollar alimentiert hätten.

Laut der russischen Agentur Interfax sollen der Familiensitz Bakijews am Rande von Dschalalabad sowie drei weitere Häuser von Verwandten des früheren Präsidenten niedergebrannt worden sein. Auch eine weisse Jurte, in der Bakijew vor seiner Flucht aus dem Land Interviews gegeben hatte, wurde angezündet. Bakijew hält sich derzeit in Weissrussland auf. Die kirgisische Übergangsregierung forderte von Minsk bereits die Auslieferung. Die Vorfälle zeigen, dass Kirgistan noch einen langen Weg zu nachhaltiger Ruhe und Ordnung vor sich hat.

Vier Tage lang hat Portugal einen lächelnden, kommunikativen Papst erlebt, in Kontrast zu dessen kühlem Image. Am Freitag flog er nach Rom zurück.

Thomas Fischer, Lissabon

Papst Benedikt XVI. habe in Portugal als kühl gegolten, nun aber einen freundschaftlichen Eindruck hinterlassen, hat der Vatikan-Sprecher Lombardi am Freitag kurz vor Abschluss der viertägigen Reise gesagt, die den Papst von Lissabon über den Wallfahrtsort Fátima bis Porto führte. Eine Zeitung zitierte eine Gläubige, die darüber gestaunt habe, dass der als Muffel angesehene Papst ständig lächle. Als Erfolg wertete die Kirche die Reise von Benedikt, dessen Bücher sich bisher besser verkauften als Rosenkränze mit seinem Konterfei. Auf fast eine Million summiert sich schätzungsweise die Zahl der Teilnehmer an seinen Gottesdiensten und der Schaulustigen an den Wegen des «Papamobils». Dies nicht zuletzt wohl auch dank der Dienstbefreiung der Staatsangestellten, trotz Krise.

## Der Papst bricht das Eis in Portugal

Pilgerfahrt zwischen Öffnung und unbeugsamer Beteuerung alter Prinzipien

Diese Reise diente offenbar dazu, das Eis zu brechen und ein neues Image zu schaffen, nämlich das eines Hirten mit der Fähigkeit, auf Menschen zuzugehen und zudem in passablem Portugiesisch zu reden und zu predigen. «Vielen Dank, aber jetzt müsst ihr mich schlafen lassen», rief er in Lissabon am Montagabend von der apostolischen Nuntiatur zu jubelnden jungen Leuten herab. Vor gut 1300 Kulturschaffenden und Intellektuellen in der Hauptstadt beschwor er das Zusammenleben mit «Wahrheiten der anderen». Um soziale Probleme machte er keinen Bogen. In Fátima kritisierte er vor 9000 Vertretern sozialer Initiativen und Einrichtungen eine Kultur, die einen Lebensstil präsentiert, der sich am Recht des Stärkeren und am leichten Gewinn orientiere.

## Gegen die Homo-Ehe

Er streifte auch Reizthemen. Anstatt die seit 2007 straffreie Abtreibung nach alter Art zu geisseln, äusserte er Anerkennung für den Kampf gegen deren sozioökonomische und kulturelle Ursachen. Fast hundert Jahre nach der erstmaligen Zulassung der Ehescheidung im laizistischen Portugal bekräftigte er aber

auch das Prinzip der «unauflösbaren» Ehe zwischen Mann und Frau. In Portugal muss Staatspräsident Cavaco Silva in diesen Tagen entscheiden, ob er gegen das vom Parlament gebilligte Gesetz über die Zulassung von Homo-Ehen das Veto einlegen soll.

## Erstaunliche Feststellung

Erwartungsgemäss sagte der Papst letztlich nichts, was junge Leute einer Gruppe gegen Aids nach dem Gottesdienst in Porto am Freitag davon hätte abhalten können, 15 000 Präservative zu verteilen. Für Aufsehen hatte Benedikt XVI. jedoch gesorgt, indem er auf dem Flug nach Lissabon bemerkte, dass die grössten Angriffe auf die Kirche nicht von aussen kämen, sondern von «innerhalb der Kirche begangenen Sünden». Gemeint waren die in mehreren Ländern – wenigstens vorerst aber nicht in Portugal – schwelenden Skandale um päpsthilfliche Kleriker. In Fátima ermahnte er Seminaristen zur Treue gegenüber ihrer Berufung. Skepsis gegenüber dem neuen Stil bekundete indes der 73-jährige aufmüpfige linke Pfarrer Mário de Oliveira. Er fand, Benedikt XVI. müsse vorher «viel trainiert» haben.